

*Ingrid Gilcher-Holtey*  
1968 – War da was?

1. Das Projekt „Reform und Revolte“ in Resümees

Jede Geschichte hat eine Vorgeschichte. Das Projekt, das in diesem Band von „Zeitgeschichte im Gespräch“ zum Abschluss kommt, begann „ausgangs der 1990er Jahre“ und damit nur etwas später als das Projekt „Les années 68: événements, cultures politiques et modes de vie“ des Institut d’Histoire du Temps Présent (IHTP) in Paris, das im Dezember 1994 seinen ersten „Lettre d’Information“ vorlegte. In einem unterschieden sich die beiden Projekte jedoch von Anfang an: in der finanziellen Unterstützung. Trat das Institut d’Histoire du Temps Présent mit einer Forscherequipe an, konnte das Münchener Institut nur Dissertationsstipendien vergeben und musste diese aufgrund von „finanziellen Engpässen“ gar noch strecken. Legte die Equipe um Robert Frank im Jahr 2000 ihre ersten Ergebnisse in dem Band „Les années 68. Le temps de la contestation“ vor<sup>1</sup>, musste die deutsche Öffentlichkeit bis 2011 auf den Abschluss des Münchener Projekts warten. Priorität erlangten, so die erste Schlussfolgerung, die Arbeiten zu „1968“ im Rahmen des Münchener Instituts für Zeitgeschichte nicht. Umso mehr Aufmerksamkeit verdienen die Studien, die, unter erschwerten Bedingungen geschrieben, nun als Publikationen vorliegen oder in den nächsten Monaten erscheinen. Welchen Beitrag leisten sie zur Erforschung der „Ereignisse um das Jahr 1968“?

Eine Bilanz zu ziehen, setzt die Klärung des Forschungsinteresses und der Fragestellung voraus. Udo Wengst gibt in seiner Einleitung als Ziel des Projekts die Klärung des Zusammenhangs zwischen Reform und Revolte an, konkret die Frage: „ob die Ereignisse um das Jahr 1968 im Wesentlichen schon die Folge eines früher einsetzenden gesellschaftlichen Wandels waren, der dann in manchen Sektoren von Staat und Gesellschaft eine gewisse Beschleunigung erfuhr, oder ob tatsächlich erst die von ‚1968‘ ausgehenden Anstöße einen Reformschub bewirkt haben“<sup>2</sup>. Er reklamiert diese Fragestellung als Forschungsdesign des Instituts, in das sich „mit einer gewissen Zeitverzögerung“ andere Historiker eingeklinkt hätten. Er nennt die Sam-

<sup>1</sup> Geneviève Dreyfus-Armand u. a. (Hrsg.), *Les Années 68. Le temps de la contestation*, Paris 2000.

<sup>2</sup> Udo Wengst in seiner Einleitung zu diesem Band (S. 8).

melbände von Ulrich Herbert sowie Christina von Hodenberg und Detlef Siegfried<sup>3</sup>, nicht aber die Studie des Institut d'Histoire du Temps Présent, das in den 1990er Jahren den französischen „Mai 68“ als Epizentrum einer langen Reformphase, der „68er Jahre“, untersuchte. Wengst markiert indes die Kontroverse, zu der das Projekt des Münchener Instituts für Zeitgeschichte sich positioniert: die These vom „Zäsur-Charakter“ von „1968“ einerseits sowie die These vom langen gesamtgesellschaftlichen Liberalisierungsprozess in den 1960er Jahren. Die Bezeichnung „Narrativ“ wird in der Einleitung allein auf die Verfechter der Zäsur-These angewandt. Die Auseinandersetzung mit beiden Thesen wird in den Resümees der Teilprojekte des Projekts „Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren“ geführt.

Den Anfang macht Patrick Bernhard, der die APO, den Zivildienst und die sozialliberale Koalition 1969 bis 1982 untersucht und zu dem Ergebnis kommt, dass es keinen Zusammenhang zwischen der „68er“-Protestbewegung und den Veränderungen im Zivildienst um das Jahr 1968 gegeben hat. Die steigende Zahl der Verweigerer sei nicht auf die APO-Kampagne für Kriegsdienstverweigerung zurückzuführen, sondern auf einen Werte- und Einstellungswandel in der Gesellschaft, der sich in den späten 1960er Jahren parallel zur Wohlstandssteigerung und wachsenden staatlichen Daseinsvorsorge vollzogen habe. So sei „offenbar auch ein neues Bewusstsein für die eigene soziale Verantwortung in der Gesellschaft“ entstanden<sup>4</sup>. „Offenbar“? Wie und warum der „beispiellose Prosperitätszuwachs nach 1945“ ein „verstärktes soziales Engagement“ hervorbrachte, wird nicht offenbart. Die These vom Wertewandel, der „stillen Revolution“, in der die „68er“ nur den „besonders lautstarken Teil“ darstellten, wird gesetzt, nicht erläutert oder hinterfragt. Auf politischer Ebene habe der Werte- und Einstellungswandel, so wird argumentiert, keine Entsprechung gefunden. Er sei von der sozialliberalen Koalition nicht aufgegriffen und nicht in eine liberalisierende Reform des Zivildienstes überführt worden. Eine Reform sei erst 1976 eingeleitet worden, allerdings nicht, um den Zivildienst zu liberalisieren, sondern, um ihn, „primär aus Kostengründen“, für den Umbau des Sozialstaates zu instrumentalisieren. Der Zivildienst habe teure stationäre durch billigere ambulante Versorgung ersetzen sollen. Bis spät in die 1970er Jahre sei eine

<sup>3</sup> Ulrich Herbert (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002; Christina von Hodenberg/Detlef Siegfried (Hrsg.), *Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2006.

<sup>4</sup> So Patrick Bernhard in seinem Beitrag für diesen Band (S. 20).

restriktive staatliche Zivildienstpolitik zu konstatieren. Daraus folgt: Der Autor lehnt die Zäsur-These und die liberale Wandlungsthese gleichermaßen ab. Weder habe, so seine Argumentation, der Protest der APO zu staatlichen Reformen geführt, noch der gesamtgesellschaftliche Liberalisierungs- und Reformprozess in der Kernphase zwischen 1959 und 1973 eine Liberalisierung im Zivildienst herbeigeführt.

Ebenso entschieden wie Patrick Bernhard setzt sich auch Bastian Hein, der die Entwicklung der Entwicklungshilfe in der Bundesrepublik untersucht, von der Zäsur-These ab. Keineswegs hätten „die 68er“, die den Nord-Süd- vor den Ost-West-Konflikt rangierten und zur Auseinandersetzung mit den Problemen der „Dritten Welt“ aufriefen, die Entwicklungshilfe vorangebracht. Entscheidend sei vielmehr ein allgemeiner Wertewandel in der Gesellschaft gewesen, der in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre Jugendliche der Evangelischen und Katholischen Kirche in die Entwicklungsdienste geführt habe, die als freiwillige Helfer in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas tätig werden wollten. Weichen habe ferner die Politik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit gestellt, und zwar bereits unter Minister Hans-Jürgen Wischniewski in der Großen Koalition. Als Erhard Eppler Ende 1968 an die Spitze des Ministeriums getreten und 1969 von der Regierung Brandt-Scheel in seinem Amt bestätigt worden sei, habe in der Entwicklungspolitik – anders als auf dem Gebiet des Zivildienstes – eine reformerische Wende eingesetzt. Indes, von Dauer seien die Reformen des Zivildienstes nicht gewesen. Epplers entwicklungspolitische Konzeptionen seien mit der Ölkrise 1973 in sich zusammengefallen. Initiativen, in seinem Ministerium mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz einzuführen, habe er von Anfang an Grenzen gesteckt. Fazit: keine „Umgründung“ der Republik im Entwicklungshilfesektor und auch keine „Fundamental-liberalisierung“ der Republik durch die „Dritte-Welt-Bewegung“.

Anne Rohstock stimmt in diesen Chor ein. Sie hat die Bedeutung der „68er“-Protestbewegung für die westdeutsche Hochschulpolitik in Bayern und Hessen untersucht und kommt zu dem Schluss, dass die Rolle der Studentenbewegung im hochschulpolitischen Aufbruch geringer sei als bisher angenommen. Statt den Veränderungsprozess der Gesellschaft selbständig voranzutreiben, sei „1968“ von anderen sozialen Gruppen für die Gestaltung des Wandels vereinnahmt worden. Der Paradigmenwechsel von der Bildung zur Ausbildung sei durch lokale Persistenz der traditionellen deutschen Bildungsidee und ihre Verfechter gestoppt worden. Mit Blick auf den Hochschulbereich sei es fraglich, ob die „1960er Jahre“ tatsächlich eine Sonderstellung in der Geschichte der Bundesrepublik einnehmen, wie von der

Zeitgeschichte häufig konstatiert werde<sup>5</sup>. Auch Anne Rohstock fegt mithin die Zäsur-These und die langfristige Liberalisierungsthese für ihren Untersuchungsbereich vom Tisch.

Manfred Kittel, der Anspruch und Wirklichkeit einer „Demokratisierung“ der Gesellschaft am Beispiel der Frankfurter kommunalen Kulturpolitik untersucht, kommt zu dem Ergebnis, dass das „Demokratisierungspostulat“ der „1968er“-Zeit in Frankfurt sowohl im Theater als auch im Museum scheiterte. An den Städtischen Bühnen, die ein umfassendes Mitbestimmungsmodell erlangten, seien die Erwartungen enttäuscht worden, weil sie sich auf einen Bereich konzentrierten, der, wie Kittel unter Rückgriff auf Hermann Lübke argumentiert, nicht zur Disposition von Mehrheitsentscheidungen gestellt werden könne. Am Frankfurter Stadtmuseum sei die Demokratisierung gescheitert, da das geplante „Museum der demokratischen Gesellschaft“ zu einer die Gesellschaft spaltenden „geschichtspolitischen Fundamentalideologisierung“ geführt habe<sup>6</sup>. Fazit: „Fundamentalideologisierung“ statt „Fundamentalliberalisierung“ auf der Ebene der kommunalen Museumspolitik, so lässt sich sein Einwand gegen die These vom langfristigen demokratisch-liberalen Wandlungsprozess in den 1960er Jahren zusammenfassen. Zur Zäsur-These äußert er sich explizit nicht. Er schreibt aber, dass die Gruppe von Museumsleuten, die für das Projekt verantwortlich waren, sich an den „Ideen von 1968“ orientierte. Das Scheitern beider Experimente, so ließe sich folgern, hebelt die Zäsur-These aus.

Erfolg, nicht Scheitern steht im Zentrum des Beitrages von Elisabeth Zellmer, die die Rolle von „1968“ bei der Entstehung der neuen Frauenbewegung in München untersucht. Deren Entwicklung lasse sich, so ihre These, nicht allein „aus der Unruhe“ am Ende der 1960er Jahre erklären, sondern hänge auch „mit den grundlegenden Wandlungerscheinungen der Zeit“ zusammen (Ablösung der Industrie- durch die Dienstleistungsgesellschaft, zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen, Bildungsexpansion und mit ihr die Erschließung von neuen Wissensfeldern)<sup>7</sup>. Was die Wirkung der neuen Frauenbewegung anbelangt, so argumentiert sie, dass diese „weniger eine innovative politische Kraft sui generis“ gewesen sei, sondern eher „Komplement und Korrektiv etablierter Institutionen“<sup>8</sup>. Das politische System habe gezeigt, dass es „in der Lage war, feministische Positionen bis zu einem gewissen Grad zu integrieren“. Elisabeth Zellmers Fazit lautet daher, dass die

<sup>5</sup> So Anne Rohstock in ihrem Beitrag für diesen Band (S. 59).

<sup>6</sup> So Manfred Kittel in seinem Beitrag für diesen Band (S. 73).

<sup>7</sup> So Elisabeth Zellmer in ihrem Beitrag für diesen Band (S. 79f.).

<sup>8</sup> Ebenda, S. 85.

Repräsentantinnen der Neuen Frauenbewegung sich in einen längerfristigen Werte- und Mentalitätswandel einreihen und ihn dadurch bestärkten. Die These einer „Fundamentalliberalisierung“ der Republik „durch den Bewegungsaktivismus“ [der Frauenbewegung] hingegen lehnt sie entschieden ab.

Fazit: Kein Zweifel, die Positionierung zur Forschungskontroverse fällt eindeutig aus. Vier der fünf Autoren dieses Bandes sprechen sich sowohl gegen die Zäsur-These als auch gegen die These vom langen Liberalisierungsprozess der 1960er Jahre aus, nur eine Autorin bekräftigt mit ihren Ergebnissen die These vom gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozess in Richtung Liberalisierung der Republik in den 1960er Jahren. Indes, was folgt daraus? Was sagt dies aus? Was bleibt von „1968“, wenn es kein Reformschub war und auch kein Teil eines langen Reformprozesses? Bleibt dann lediglich in leichter Abwandlung eines Gedichts von Hans Magnus Enzensberger zu folgern: „Widerstandslos, im großen und ganzen, haben sie sich selbst verschluckt, die 68er und die 68er Jahre“<sup>9</sup>? Anders formuliert: „1968“ – War da was?

## 2. Nachfragen, Nach-Gedanken und partieller Widerspruch

Erstens: Das Projekt „Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren“ untersucht die Wirkungen von „1968“ ohne hinreichend zu bestimmen und transparent zu machen, was unter „1968“ verstanden und gefasst wird. Es untersucht Zusammenhänge, ohne das soziale Phänomen zu bestimmen, dem Wirkungen zugeschrieben werden beziehungsweise dessen Einfluss auf die politische und kulturelle Entwicklung bestritten wird. So wird „1968“ umschrieben mit den Worten: „68er“ (Wengst) „Studentenrevolte“ (Wengst/Rohstock), „Außerparlamentarische Opposition“ (Wengst, Bernhard), „APO-Kampagne für Kriegsdienstverweigerung“ (Bernhard), „68er“- Bewegung (Kittel), „68er“- Revolte (Bernhard), „68er“-Zeit (Kittel), „Ideen von ‚1968‘“ (Kittel, Bernhard) oder, last but not least, charakterisiert unter Verweis auf einzelne „Trägergruppen des studentischen Protestes“ – vom Gewerkschaftlichen Arbeitskreis der Studenten über den Sozialistischen Deutschen Studentenbund, den Sozialdemokratischen Hochschulbund bis zum Liberalen Studentenbund Deutschlands (Zellmer). Die kognitive Orientierung der Trägergruppen der Proteste und der Protestbewegung (gleichviel, ob Studentenbewegung oder APO)

<sup>9</sup> Im Original heißt es: „Widerstandslos, im großen und ganzen, haben sie sich selber verschluckt, die siebziger Jahre“; Hans Magnus Enzensberger, *Andenken*, in: ders., *Gedichte 1950–1995*, Frankfurt a. M. 1996, S. 108.

wird nicht explizit gemacht, die Sinnstruktur der „Ideen von ‚1968‘“ nicht systematisch entfaltet, sondern allenfalls unter einen Begriff der 1970er Jahre subsumiert: „Demokratisierungspostulat“.

Zweitens: Es werden, um die Wirkungen von „1968“ zu analysieren, Themenfelder auf unterschiedlichen politischen Ebenen gewählt: auf Bundes- (Zivildienst, Entwicklungspolitik), Landes- (Hochschulreform und Hochschulrevolte) und kommunaler Ebene (Kulturpolitik in Frankfurt am Main, Frauenbewegung in München). Bleibt die Frage nach dem erkenntnisleitenden Interesse und den Auswahlkriterien. Warum wurden diese politischen Arenen gewählt und nicht Organisationen (wie etwa die Katholische Kirche, die Evangelische Kirche, die Bundeswehr, die Parteien und Gewerkschaften und andere) oder Felder (wie das literarische, juristische oder politische Feld et cetera)? Welche Kriterien lenkten die Wahl auf die einzelnen Themenfelder? Warum bezog das Projekt, wenn es qua Finanzlage nur fünf Felder abstecken konnte, mit dem Zivildienst ein Themenfeld ein, auf dem keine Reforminitiativen seitens der Protestbewegung formuliert wurden? Und warum wählte es die Entwicklungshilfe, wenn „Zerschlagt die Entwicklungshilfe“<sup>10</sup> ein Slogan des SDS war?

Drittens: Um „1968“ in die Geschichte der Bundesrepublik einzuordnen, greift das Projekt „Reform und Revolte“ den von Ulrich Herbert in die Diskussion gebrachten Begriff der „Fundamentalliberalisierung“ auf, von dem es sich im Ergebnis abgrenzt, ohne ihn jedoch definiert oder das dahinter liegende Modernisierungskonzept dekonstruiert zu haben. Geht man davon aus, dass das Projekt „Reform und Revolte“ in Deutungskämpfe eingreift, die innerhalb der Zeitgeschichte um die Rolle und Funktion von „1968“ in der Geschichte der deutschen Nachkriegsgesellschaft geführt werden, gilt es, die Prämissen der Fundamentalliberalisierungsthese knapp zu skizzieren.

Die These vom gesamtgesellschaftlichen Wandlungs-, sprich Liberalisierungsprozess der 1960er Jahre geht von der Annahme aus, dass in diesem Jahrzehnt ein Prozess der Modernisierung zum Abschluss gekommen sei, der um die Jahrhundertwende begonnen habe. Implizit richtet sie sich gegen den „Mythos 68“, explizit auch gegen Monographien und Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Nachkriegszeit, die „1968“ als eine zweite „intellektuelle“ nach „der ersten institutionellen Staatsgründung“<sup>11</sup> in der

<sup>10</sup> Bastian Hein, *Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974*, München 2006, S. 305.

<sup>11</sup> Clemens Albrecht u. a. (Hrsg.), *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt a. M. 1999, S. 20.

Bundesrepublik beschreiben oder von einer „Umgründung der Republik“<sup>12</sup> sprechen. Mit dem Begriff „Modernisierung“ werden wirtschaftlich-technische, politische, soziale, ökonomische Modernisierung sowie die Modernisierung der Lebensweisen und -normen gefasst. Modernisierung gehe, so die Hypothese, mit Liberalisierungsbestrebungen (Abbau autoritärer, obrigkeitstaatlicher Strukturen sowie Wandel privater Lebensweisen) einher, die seit Ende der 1950er und verstärkt in den 1960er Jahren in Gang gekommen seien. Drei Generationen insgesamt seien an diesen Wandlungsprozessen beteiligt, zwei davon prägend für das Jahrzehnt der 1960er Jahre: die „45er“ oder die sogenannte „Flakhelfergeneration“ und die „68er“, wobei den „45ern“ die Vorreiterrolle zugeschrieben, die „68er“ eher als „Epigonen“ und „fellow travellers“ eingestuft werden<sup>13</sup>.

Dieses Konzept, man könnte es auch Narrativ nennen, greift mit seiner zentralen Kategorie auf einen Begriff von Jürgen Habermas zurück, gibt diesem jedoch einen anderen „drive“, eine andere Stoßrichtung. Denn für Habermas sind die „68er“ (die er übrigens in zwei Generationen unterteilt) keineswegs Epigonen. Die Revolte der „68er“ war, so seine These, „für die politische Kultur der Bundesrepublik ein Einschnitt, in den heilsamen Folgen nur übertroffen von der Befreiung vom NS-Regime durch die Alliierten“. So konstatierte er 1988: „Was 1945 für die Umwälzung unseres Verfassungszustandes bedeutet hat, bedeutet 1968 für einen aufgelockerten Zustand der politischen Kultur, für eine sich erst heute auswirkende Liberalisierung in den Lebens- und Umgangsformen.“ Und das hieß für ihn konkret: „Ohne den damals ausgelösten Einstellungsdruck hätten wir heute keine Grünen, keine scenes in den Großstädten, kein Bewußtsein davon, daß subkulturelle und ethnische Vielfalt unsere stromlinienförmige Kultur bereichert – wir hätten nicht das Maß an Urbanität, das sich allmählich herstellt, vermutlich hätten wir eine geringere Sensibilität der Regierenden gegenüber Stimmungslagen der Bevölkerung, vielleicht hätten wir in der CDU keinen sogenannten liberalen Flügel.“<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 1999, S. 475.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Ulrich Herbert, *Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*, in: ders. (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 7–52, hier S. 45.

<sup>14</sup> Jürgen Habermas, Interview mit Angelo Bolaffi, in: Jürgen Habermas, *Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII*, Frankfurt a.M. 1990, S. 21–28, hier S. 28.

Ein Bezug auf das Interview mit Angelo Bolaffi, aus dem diese Zitate stammen, findet sich in Ulrich Herberts Beitrag „Liberalisierung als Lernprozess“ nicht. Er gibt als Referenz ein Habermas-Interview aus demselben Jahr (1988) mit Rainer Erd in der „Frankfurter Rundschau“ an. In diesem Interview antwortete Habermas auf die Frage „Was ist von der Studentenbewegung geblieben?“ mit den Worten: „Frau Süßmuth.“ Und er fügte hinzu, „daß diese Ministerin ihr Ressort um Frauenfragen erweitert und die traditionelle Familien- und Jugendpolitik wenigstens in der Außendarstellung mit bemerkenswerten Akzenten versehen hat, ist Symptom einer Grenzverschiebung“<sup>15</sup>. Welcher Grenzverschiebung? Das Konzept vom langen Wandlungs-, sprich Liberalisierungsprozess erwähnt diese nicht: „Seit 1968 haben sich“, heißt es dazu im Habermas-Interview in der „Frankfurter Rundschau“, die „Definitionen des Politischen verändert. Manches von dem, was früher stillschweigend in die Privatsphäre gehörte, wird heute als eine politische Selbstverständlichkeit behandelt – zum Beispiel die Beziehungen zwischen den Geschlechtern („Gewalt in der Ehe“) oder der Status der Haus- oder Erziehungsarbeit, Themen der Kindererziehung usw.“ Anknüpfungspunkte zur Umschreibung des Wandlungsprozesses findet Ulrich Herbert vielmehr in zwei Aufsätzen von Hans-Peter Schwarz<sup>16</sup>, der gegen die Restaurationsthese in Bezug auf die Adenauer Ära Front macht und hofft, dass sich „kühle und kritische Köpfe der in Umlauf gesetzten Legenden annehmen“<sup>17</sup>.

Das Münchener Projekt „Reform und Revolte“ äußert sich weder zu Habermas' Zeitdiagnose, obwohl es, wie dieser, die Ereignisse von 1968 mit dem Begriff der „Revolte“ charakterisiert, noch macht es den Gegensatz zwischen dem Zeitzeugen Habermas und dem zeithistorischen Narrativ transparent, das dessen Grundbegriff entwendet und verfremdet. Löst das Münchener Projekt – aller Zurückhaltung in Bezug auf die Offenlegung

<sup>15</sup> Jürgen Habermas, Der Marsch durch die Institutionen hat auch die CDU erreicht. Der Frankfurter Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas im Gespräch mit Rainer Erd über die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland nach 1968, in: Frankfurter Rundschau vom 11. 3. 1988. S. 11; das folgende Zitat findet sich ebenda.

<sup>16</sup> Vgl. Hans-Peter Schwarz, Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1986, S. 278–293; Hans-Peter Schwarz, Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik, in: Hermann Rudolph (Hrsg.), Den Staat Denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten, Berlin 1990, S. 151–174.

<sup>17</sup> Schwarz, Modernisierung oder Restauration, S. 283.



von Forschungshypothesen, Begriffen und Methoden zum Trotz – dennoch seinen Anspruch ein, das Verhältnis von Reform und Revolte zu erklären, oder reicht es ihm, wie die Gruppe Rolling Stones vorzugehen und Forschungsthesen mit schwarzer Farbe zu überziehen, nach dem Motto: „I see a red door / and I want it painted black / no colors anymore / I want them turn to black?“ Anders und damit nicht „verpoppt“ gefragt: Welche Erkenntnisse lassen sich hinsichtlich des Zusammenhangs von Reform und Revolte aus dem Münchener Projekt ableiten, wenn man einmal davon abieht, dass es mit seinen fünf Teilprojekten, wie die Resümees demonstrieren, zwei Forschungsthesen gleichsam wie Tontauben ins Visier nimmt und trifft?

Das Projekt des Instituts für Zeitgeschichte untersucht, um den Zusammenhang zwischen Reform und Revolte „auszuloten“, auf fünf Themenfeldern und drei politischen Ebenen die Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichem Wandel und Bundes-, Landes- sowie Kommunalpolitik. Es legt dabei einen Schwerpunkt auf politische Entscheidungsprozesse, die Institutionen betreffen (Zivildienst, Entwicklungsdienste, Hochschulen, Theater, Museen). Versteht man Institutionen als kulturelle Vermittlungsinstanzen zwischen Sozialstruktur und Sinnproduktion, wählt es Scharnierstellen, an denen die Konkurrenz, Selektion, Durchsetzung sowie das Scheitern von Reforminitiativen exemplarisch studiert werden können. Durch die Perspektive der Entfaltung von Reforminitiativen, ihres Widerstreits, ihrer gesetzlichen Implementierung, geglückten oder gescheiterten Institutionalisierung bringen die Fallstudien Machtkämpfe in den politischen Parteien, Institutionenkämpfe, Institutionenwandel, aber auch die Resistenz von Institutionen gegenüber Reformen ans Licht. Hierin liegen die herausragenden Leistungen des Projekts und seine Innovation für die zeitgeschichtliche Forschung. Wendet man sich der Rolle zu, die in den Fallstudien dem Phänomen „1968“ zugewiesen wird, tritt, aus meiner Sicht, ein Widerspruch zwischen den zu Tage geförderten Ergebnissen der Einzeluntersuchungen und ihrer Bewertung, man könnte auch sagen: ihrer werturteilsgeladenen Gewichtung, hervor.

Viertens: Die Forschungsergebnisse veranschaulichen und bekräftigen, so meine These, Hypothesen der Sozialen Bewegungsforschung zur Wirkungschance sozialer Bewegungen. So demonstrieren die Studien zur Entwicklung des Zivildiensts, der Entwicklungshilfe und Hochschulpolitik, aber auch zur Frauenbewegung in München und Kulturpolitik in Frankfurt anschaulich die Hypothese, dass soziale Bewegungen Streitpunkte und Konflikte artikulieren, die zur Ressource nicht nur für die Protestbewegung,

sondern auch für ihre Opponenten auf Seiten des Staates werden können<sup>18</sup>. In der Sprache der Theorien der Gelegenheitsstrukturen formuliert: Soziale Bewegungen, in ihrer Entstehungsphase durch „politische Gelegenheiten“ („political opportunities“) geprägt, schaffen zugleich im Verlauf ihrer Entwicklung politische Gelegenheiten, und zwar nicht nur für sich, sondern auch für andere. So bringt die Mobilisierungsdynamik der Bewegung „politische Gelegenheiten“ hervor, auf die Eliten im Staat reagieren, in dem sie, unter Handlungsdruck geraten, entweder Impulse der Bewegungen aufnehmen, oder aber, die Gunst der Gelegenheit nutzend, eigene Pläne und Konzeptionen lancieren, um Veränderungen einzuleiten. Das Münchener Projekt „Reform und Revolte“ greift solche Fälle auf. Aus der Sicht der Bewegungsforschung ist die Bestimmung des Einflusses sozialer Bewegungen auf politische Entwicklungen schwierig. Handelt es sich doch vielfach um Übernahmen von ausgewählten und dabei veränderten Impulsen aus der Wert- und Zielorientierung der Bewegung durch politische Parteien oder Institutionen, so dass eine direkte Zuschreibung von Wirkungen auf die Protestbewegung unmöglich ist. Die analytische Komplexität steigert sich, wenn innerhalb der politischen Apparate konkurrierende Lager be- oder entstehen, die den Einfluss der neuen Impulse zu dämpfen, zu konterkarieren oder auf eigene Vorstellungen umzuleiten versuchen. So endet der große Aufbruch einer Protestbewegung, wenn überhaupt, zumeist in kleinen Reformen. „The structure of politics through which movement demands are processed forces them into a common crucible from which modest reforms are the most likely of struggle“<sup>19</sup>, lautet eine These der Bewegungsforschung. Mit anderen Worten „bescheidene Reformen“, nicht Revolution oder Umbruch markieren die Wirkungen sozialer Bewegungen.

Der Bielefelder Soziologe Otthein Rammstedt spricht sogar vom „Versagenmüssen“ sozialer Bewegungen – gemessen an ihren Zielen – und argumentiert, dass das Versagen „weniger einen Vorwurf an die, die sich der Bewegung anschließen, enthält; ihnen bliebe als Alternative ja nur politische, soziale Apathie bzw. sozialer Defätismus“. Die Gründe für das „Versagenmüssen“ sind, aus seiner Sicht, eher auf Seiten des Systems zu suchen<sup>20</sup>. „Das System“, so argumentiert die Symbolfigur der amerikanischen „68er“-Bewegung, Tom Hayden, „stiehlt die Idee“<sup>21</sup> und vermag sie, wie Luc Bol-

<sup>18</sup> Vgl. Sidney Taylor, *Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics*, Cambridge 1994, S. 81ff.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 170.

<sup>20</sup> Otthein Rammstedt, *Soziale Bewegungen*, Frankfurt a. M. 1978, S. 215.

<sup>21</sup> Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, *1968 – Eine Zeitreise*, Frankfurt a. M. 2008, S. 212ff.

tanski und Eve Chiapello in ihrer Studie „Der neue Geist des Kapitalismus“ am Beispiel der Forderung nach „autogestion“ gezeigt haben, zu verwandeln. Gedacht als Mittel der Demokratisierung und Dezentralisierung, wurde „autogestion“ (Selbstverwaltung), die Leitidee der Mai-Bewegung, von den französischen Arbeitgebern in Reaktion auf die Rezession 1973/74 zur Flexibilisierung der internen Betriebsstrukturen eingesetzt. Anders ausgedrückt war es das Ziel der „autogestion“, die Mobilität und Anpassungsfähigkeit der Betriebe zu erhöhen. Den Arbeitnehmern seien dergestalt, so die These von Boltanski und Chiapello, mehr Autonomie am Arbeitsplatz im Tausch für den Abbau von Arbeitsplatzsicherheitsgarantien und standardisierten Schutzbestimmungen geboten worden<sup>22</sup>.

Das Münchener Projekt „Reform und Revolte“ hat die Veränderungen im Blick, die sich im Prozess der Diffusion von Ideen einstellen können. So kommt Anne Rohstock, die Hochschulpolitik in Bayern und Hessen untersuchend, zu dem Fazit: „Bedeutung erlangte ‚1968‘ im Hochschulbereich vor allem als willfähriger Spielball ungleich mächtigerer Akteure, die die Revolte geschickt zur Durchsetzung oder Abwehr von Neuordnungsmaßnahmen benutzten. Statt eine aktive Rolle im Veränderungsprozess der Gesellschaft einzunehmen, wurde ‚1968‘ von anderen gesellschaftlichen Gruppen für die Gestaltung von Veränderungsprozessen vereinnahmt.“<sup>23</sup> Rohstock wertet als „Versagen“ von „1968“, was, folgt man der Bewegungsforschung, zu den Grundelementen sozialer Bewegungen gehört. Denn: Soziale Bewegungen definieren neue „issues“ und führen diese in die Debatte ein. Sie artikulieren und vermitteln gesellschaftliche Widersprüche, bedürfen aber, um wirksam zu werden, weiterer Vermittlung durch andere politische Akteure (z. B. Parteien und Verbände). Soziale Bewegungen können daher aus sich heraus den von ihnen erstrebten Wandel nur selten allein realisieren.

„Soziale Bewegungen sind“, folgt man Rammstedt, „keine Revolten oder Revolutionen, in denen es, sind die Parteiungen offenkundig geworden, zum Kampf um die Herrschaft kommt“<sup>24</sup>. Soziale Bewegungen sind vielmehr ein Prozess des Protestes, an dessen Ende nach einer langen Reihe sich steigernder Aktionen der Kampf um die politische Macht stehen kann, aber keineswegs stehen muss. Ein erfolgreicher Kampf um die politische

<sup>22</sup> Vgl. Luc Boltanski/Eve Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003.

<sup>23</sup> Anne Rohstock, *Von der „Ordinarienuniversität“ zur „Revolutionszentrale“? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976*, München 2010, S. 415.

<sup>24</sup> Rammstedt, *Soziale Bewegungen*, S. 129.

Macht, die Machtübernahme durch die soziale Bewegung wäre die Revolution. Indes, soziale Bewegungen bleiben in der Regel weit unterhalb dieser Schwelle. Sie zeigen Konflikte in der Gesellschaft auf, nehmen Agenda-Setting vor und, worauf es mir besonders ankommt, stimulieren die De- und Rekonstruktion von Denk-, Wahrnehmungs- und Klassifikationsschemata.

Politisch werden können soziale Bewegungen bereits, wenn es ihnen gelingt, Kommunikationsprozesse über Fragen anzustoßen, die sie selbst als dringlich einstufen, von den etablierten Institutionen aber vernachlässigt werden. So gelang es der aus kirchlichen Jugendorganisationen hervorgegangenen Freiburger „Aktion Dritte Welt“, am 18. November 1968 in der Freiburger Stadthalle 4000 Zuhörer zu einer Podiumsdiskussion mit Bahman Nirumand, Jürgen Horlemann, Günter Grass, Ernst Bloch, dem amtierenden Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Erhard Eppler, sowie dem entwicklungspolitischen Sprecher der CDU, Walther Leisler Kiep, zusammen zu bringen<sup>25</sup>. Da das Münchener Projekt von einem traditionellen Politikbegriff ausgeht, entfaltet Bastian Hein das Politische, das in der Kommunikation heterogener Akteure über das „Sag- und Machbare“ auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe liegt, nicht. Er benutzt das Beispiel lediglich, um den Gegensatz zwischen radikalen und reformerischen Kräften in der „Dritte-Welt-Bewegung“ herauszuarbeiten, die kirchlichen Jugendverbände vom SDS abzugrenzen, obwohl mit Horlemann und Nirumand je ein Vertreter des SDS sowie der mit diesem kooperierenden CISNU<sup>26</sup> an der Diskussion in der Freiburger Stadthalle beteiligt waren. Das „Kursbuch“ als Forum der Außerparlamentarischen Opposition gerade für Fragen, die die „Dritte Welt“ betreffen, klammert seine Studie leider aus<sup>27</sup>. Dem SDS habe die „Dritte Welt“, so Bastian Hein, lediglich eine „Projektionsfläche für weltrevolutionäre Träume“ geboten. Er folgt damit der Bewertung Gerd Koenens<sup>28</sup>. Einen Versuch, den aufkeimenden Diskurs über die Mitverantwortung der Ersten am Leiden der „Dritten Welt“, mit Hannah Arendt als „politics of pity“ oder Luc Boltanski als „la souffrance à distance“ auszuloten, unternimmt er nicht<sup>29</sup>.

<sup>25</sup> Vgl. Hein, Dritte Welt, S. 143.

<sup>26</sup> Conföderation Iranischer Studenten-Nationalunion.

<sup>27</sup> Vgl. dazu Henning Marmulla, Enzensbergers Kursbuch. Eine Zeitschrift um 1968, Berlin 2011.

<sup>28</sup> Vgl. Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001.

<sup>29</sup> Hannah Arendt, Über die Revolution, München 1974; Luc Boltanski, Distant Suffering. Morality, Media and Politics, Cambridge 1999.

Versucht man ein Fazit zu ziehen, lässt sich sagen: Die fünf Teilprojekte des Münchener Projekts „Reform und Revolte“ rekonstruieren in historisch-empirischen Fallanalysen die Vermittlung von Ideen, Impulsen und Handlungsmaximen der „68er“-Bewegung durch „andere Akteure“ (Parteien, Verbände, Stadträte, Parlamente et cetera) auf Bundes-, Landes oder kommunaler Ebene. Sie sprechen jedoch, indem sie dies tun, der „68er“-Bewegung eine Wirkung ab (painted black). Sie ziehen eine Bilanz der Wirkungen, ohne die Zurechnungsfrage (Max Weber) zu stellen. Legt man die Kriterien der Bewegungsforschung an, untersuchen sie Wirkungen, Echos und Effekte sozialer Bewegungen, ohne jedoch die Problematik der Wirkungsanalyse theoretisch-methodisch zu reflektieren. So gehen die Teilprojekte als „Yellow Submarines“ vom Stapel.

Dies hat einen Grund auch darin, dass das Projekt das soziale Phänomen „1968“ nur zum Teil als soziale Bewegung identifiziert und sich, sieht man von der Studie von Elisabeth Zellmer ab, nur an einigen Stellen auf Begriffe und Hypothesen der Sozialen Bewegungsforschung beruft. Zellers Studie differenziert daher deutlicher als die anderen die Mechanismen der Wirkungsmächtigkeit der von ihr untersuchten Münchener Frauengruppen und -initiativen. So konstatiert sie beispielsweise, dass diese sich mit ihrer „basisdemokratischen Ausgerichtetheit“ nur zum Teil Gehör zu verschaffen vermochten und daher auf die bestehenden Frauenverbände und Parteien angewiesen waren, wenn sie ihre frauenzentrierten Anliegen „in politische Kanäle“ einspeisen wollten. Grundsätzlich gilt jedoch für den Ansatz, den das Münchener Institut verfolgt, dass die Wirkungen der Proteste auf der Ebene politischer Entscheidungsprozesse ins Visier genommen werden und für die empirischen Ergebnisse der Teilstudien die Anschlussfähigkeit an die Soziale Bewegungsforschung gegeben ist<sup>30</sup>.

Fünftens: Analytisch definiert sind „soziale Bewegungen“ „ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch eine kollektive Identität abgestütztes Netzwerk von Gruppen und Organisationen, die sozialen Wandel mittels öffentlichen Protests herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“<sup>31</sup>.

<sup>30</sup> Vgl. dazu etwa die Studie von Sidney Tarrow, *Social Protest and Policy Reform: May 1968 and the Loi d'Orientation in France*, in: *Comparative Political Studies* 25 (1993), S. 579–607.

<sup>31</sup> Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht, *The Analyses of Social Movements: The State of the Art and some Perspectives of further Research*, in: Dieter Rucht (Hrsg.), *Research on Social Movements: The State of the Art in Europe and the USA*, Frankfurt a.M. 1991, S. 421–464, hier S. 450; vgl. auch Roland Roth (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M. 2008, S. 13.

Unter sozialem Wandel als analytischer Kategorie wird die Veränderung grundlegender sozialer, ökonomischer, kultureller oder mentaler Strukturen verstanden. Um sie herbeizuführen, sind soziale Bewegungen gezwungen, sich aus der Aktion zu formieren. Sie unterscheiden sich insofern von institutionalisierten Formen des Protests, artikuliert und durchgeführt von intermediären Verbänden (Parteien, Gewerkschaften) sowie von eruptiven Protesten (Aufruhr, Krawall, Tumult), von ersteren durch ihren geringeren Grad an Organisation, von letzteren durch die Konituität ihrer Mobilisierung.

Das zeithistorische Narrativ von der „Fundamentalliberalisierung“ der Bundesrepublik in den langen 1960er Jahren (1959 bis 1973) setzt auf Generationen als Faktoren im gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozess. So geht es zwar auf die „68er“, nicht aber auf die „68er“-Bewegung ein. Es blendet damit einen sozialen Akteurstypus aus der Geschichte der Bundesrepublik aus, der charakteristisch für die Nachkriegsgesellschaft ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist als „Bewegungsgesellschaft“ bezeichnet worden. Niklas Luhmann hat der „alten Bundesrepublik“ gar die „Gewohnheit des Protestierens“ attestiert<sup>32</sup>. Auf drei Generationen als Agenten der Modernisierung setzend, exkludiert dieses zeithistorische Narrativ zudem einen kollektiven Akteurstypus, der in der Tradition einer Modernisierung steht, die lange vor der Jahrhundertwende begann. Die „Neue Linke“, die weltweit die kognitive Orientierung der „68er“-Bewegungen prägte, schrieb sich in die Tradition des Sozialismus, Anarchismus und der Arbeiterbewegung ein. Der Generationsansatz deckt diese sozialistischen Wurzeln zu, so dass auch hier die Rolling-Stones-Maxime durchklingt: „I see a red door / and I want it painted black / no colors anymore / I want them turn to black.“

Das Münchener Projekt „Reform und Revolte“ folgt dem Generationsansatz nicht. Es braucht ihn nicht. Es untersucht Wandlungsprozesse über die Analyse politischer Entscheidungsprozesse auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene. Differenziert man, dem Ansatz einer Neuen Politikgeschichte folgend<sup>33</sup>, zwischen Politik und dem Politischen, klammert das Münchener Projekt eine zentrale Wirkungsebene und somit zahlreiche Echos und Konsequenzen der „68er“-Bewegung aus. Folgt man Pierre

<sup>32</sup> Niklas Luhmann, Immer noch Bundesrepublik? Das Erbe und die Zukunft, in: Otthein Rammstedt/Gert Schmidt (Hrsg.), BRD ade! Vierzig Jahre in Rück-Ansichten, Frankfurt a. M. 1992, S. 95–101, hier S. 97 und S. 99.

<sup>33</sup> Vgl. dazu das Konzept des Bielefelder Sonderforschungsbereichs 584 „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte“ und dessen Teilprojekt „1968“ – Ein Kommunikationsereignis“, <http://www.uni-bielefeld.de/geschichte/forschung/sfb584/> (Stand 31. 1. 2011).

Bourdieu, beginnt das Politische dort, wo Akteure herrschende Wahrnehmungs- und Klassifikationsschemata in Frage stellen und durch subversive oder performative Diskurse Zeichen setzen, welche eine Aufkündigung des stillschweigenden Einverständnisses mit der bestehenden Ordnung signalisieren, Situationen oder Ereignisse redefinieren, alternative Bezugswerte oder Leitideen formulieren und damit der etablierten Ordnung eine mögliche andere Ordnungskonzeption entgegensetzen<sup>34</sup>. Dahinter steht die Prämisse, dass die Möglichkeit, die Welt zu verändern, an die Veränderung der Vorstellung von der Welt, der Subversion und Konversion der Weltsicht geknüpft ist.

Die „Neue Linke“, die die kognitive Orientierung der „68er“-Bewegung transnational prägte, verfügte über Vorstellungen einer „anderen“ Gesellschaft und stellte alternative Bezugswerte bereit. Sie erstrebte nicht die Eroberung der Macht, sondern die Veränderung der Machtverhältnisse, Autoritätsstrukturen und Hierarchien in allen gesellschaftlichen Bereichen durch: „participatory democracy“, „autogestion“, Mitbestimmung, Selbstverwaltung. Die „Neue Linke“ war antiautoritär und antihierarchisch. Veränderungen im kulturellen Bereich, so ihre Prämisse, mussten der sozialen und politischen Transformation vorausgehen, neue Kommunikations- und Lebensformen antizipatorisch und experimentell entfaltet werden durch die Schaffung von neuen Kulturidealen und deren Umsetzung in Subkulturen sowie Erprobung von Gegenmacht innerhalb bestehender Institutionen (durch „Gegeninstitutionen“, „Gegenöffentlichkeiten“ et cetera). Dergestalt argumentierend und handelnd, vermittelte sie ein neues Verständnis von Politik. Es implizierte, Missstände nicht einfach in politische Kanäle abzuleiten, sondern sich ihrer anzunehmen, sie zu artikulieren, auf sie aufmerksam zu machen und Lösungsmodelle zu erproben<sup>35</sup>. Die „Neue Linke“ setzte auf eine Politisierung der Gesellschaft „von unten“. Ihr Politikverständnis überschritt sich mit dem der Bürgerbewegung in Prag, die Praktiken einer „societas civilis“ (Zivilgesellschaft), gegen den Etatismus und demokratischen Zentralismus des realen Sozialismus setzte.

<sup>34</sup> Vgl. Pierre Bourdieu. Sozialer Raum und „Klassen“, in: ders., Sozialer Raum und „Klassen“. Leçon sur la Leçon. Zwei Vorlesungen, Frankfurt a.M. 1985, S. 7–46; hier S. 18f.; Pierre Bourdieu, Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches, Wien 1990, S. 131.

<sup>35</sup> Vgl. Richard Flacks, Die philosophischen und politischen Ursprünge der amerikanischen New Left, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 151–167, hier S. 164.

Wenn man die Erweiterung des Politikbegriffs und die Grenzverschiebungen des Politischen, die von Theoretikern wie Jürgen Habermas und Claus Offe konstatiert wurden<sup>36</sup>, in die Analyse einbezieht, kann sich die Untersuchung der Wirkungen von „1968“ nicht allein auf die Untersuchung der in „politische Kanäle“ eingespeisten Impulse und Forderungen erstrecken. Dies relativiert den historisch-empirischen Wert und die Forschungsleistung des Münchener Projekts nicht, aber den Absolutheitsanspruch seiner Negation der Effekte und Folgen von „1968“. Denn die Wirkungen der „68er“-Bewegung sind dann nicht nur allein auf der Ebene staatlicher Reformprojekte zu sehen und zu suchen: Staatliche Regulierung wird, aus dieser Perspektive, vielmehr nur zu einem Fall der Strukturierung sozialen Wandels durch soziale Bewegungen, kollektive Selbstregulierung durch Selbsthilfe und Selbstorganisation zu einem anderen. Wirkungen und mitunter lang anhaltende Effekte wären daher auf der Ebene der Lebensläufe derer, die an der „68er“-Bewegung partizipierten<sup>37</sup>, ebenso auszuloten wie auf der Ebene der Nachfolgebewegungen der „68er“-Bewegung (etwa der Frauen- und Umweltbewegung), die an die Aktionsstrategien und die basisdemokratische Grundorientierung der „68er“-Bewegung anknüpften. Mögliche Effekte sind, last but not least, auf der Ebene der politischen Kultur, der Veränderung der Sprache und Begriffe (Macht, Gewalt, Fortschritt, Politik), der Veränderung der Rolle und des Mandats des Intellektuellen, der Veränderung von Denk- Wahrnehmungs- und Klassifikationsschemata zu analysieren (die die Regeln der Regeln verändern und neue Sichtweisen, neue Einstellungen und damit potentiell auch neue Handlungsdispositionen schaffen) sowie auf der Ebene der sozialen Praktiken nicht nur im Hörsaal, sondern beispielsweise auch im Gerichtssaal auszuloten. Noch Turbulenzen wie der Aufstand der Lektoren im Suhrkamp Verlag in der „Nacht der langen Messer“<sup>38</sup>, deren Wirkung nur Monate andauerte, rücken in die Reihe der politischen Folgen von „1968“ ein.

Soziale Bewegungen sind aber nicht nur Produzenten, sondern auch Produkte sozialen Wandels. Sie sind eingebunden in gesellschaftliche De-

<sup>36</sup> Vgl. Claus Offe, *New Social Movements: Challenging the Boundaries of Institutional Politics*, in: *Social Research* 52 (1985), S. 817–867.

<sup>37</sup> Vgl. dazu das Forschungsprojekt von Robert Gildea u. a., *Around 1968: Activism, Networks, Trajectories*, unterstützt vom Arts and Humanities Research Council des Vereinigten Königreichs, dem Leverhulme Trust und der British Academy, basierend auf der Untersuchung von mehr als 400 Aktivisten und 100 Aktivisten-Netzwerken in 13 europäischen Ländern; <https://around1968.modhist.ox.ac.uk> (Stand 31. 1. 2011).

<sup>38</sup> Gemeint ist der Versuch von Lektoren des Suhrkamp Verlags im Oktober 1968, den Verleger Siegfried Unseld zu entmachten.



batten und überschneiden sich mit politischen und sozialen Reformprozessen. Indes, es gibt keinen determinierenden Zusammenhang zwischen den sozialen Veränderungen der 1960er Jahre und dem Mobilisierungsprozess der „68er“-Bewegung. So stellt die Studie des Institut d'Histoire du Temps Présent (Paris) in ihrer Einleitung heraus:

„Auf keinen Fall darf man einen absoluten Determinismus zwischen den großen sozialen Veränderungen der 60er Jahre und den Protestphänomenen von 1968 sehen. Die Ersteren sind keineswegs vorherbestimmt, die Zweiten zu erzeugen.“<sup>39</sup>

Und Michelle Zancarini-Fournel flankiert die These Robert Franks in ihrem Resümee mit dem auf Quellenrecherchen beruhenden Argument:

„Weder die Veränderung der Lage der Frauen („condition féminine“), noch die Wahrnehmung dieser Veränderungen durch verschiedenen Medien, noch die Aktivitäten der Zentren für Familienplanung („Planning familial“) führen notwendigerweise zur Entwicklung einer Frauenbewegung wie derjenigen, die Frankreich ab den 70er Jahren kennen gelernt hat.“<sup>40</sup>

Daraus folgt: Die Erklärung der Entstehung und Mobilisierungsdynamik der „68er“-Bewegung setzt einen mehrdimensionalen, multifaktoriellen, interaktionistischen Ansatz voraus. Sie geht nicht im Narrativ von der Fundamentalliberalisierung auf, lässt sich nicht einfach unterpflügen. Die Studentenbewegung in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland hat sich, um ein Beispiel zu nennen, gegen die Modernisierung der Universität im Sinne eines Übergangs von der tradierten Bildungsidee zur Bildung als Ausbildung gewandt. Sie hat gegen diesen Paradigmenwechsel aufbegehrt und ist daher nicht, wie Anne Rohstock folgert, als Epigone akademischer Vordenker des Durchbruchs eines neuen Bildungsverständnisses anzusehen<sup>41</sup>. Auch die Forderung nach Mitbestimmung, verankert in der Tradition der deutschen Gewerkschaften und der SPD, ist nicht einfach aufgegriffen und übernommen worden, denn dort, wo sie gestellt wurde, beispielsweise in den Verlagen (von Lektoren und Autoren) war sie nicht vorgedacht oder geplant. Auch flossen in die Praktiken, nach denen Mitbestimmung experimentell erprobt wurde, die Vorbilder des „Mai 68“ in Frankreich und damit transnationale Impulse ein.

Trotz dieser Einwände bleibt festzuhalten, dass das Projekt „Reform und Revolte“ einmal mehr zeigt, dass „1968“ viele Facetten hat. Weit davon ent-

<sup>39</sup> Robert Frank, Introduction, in: Geneviève Dreyfus-Armand u. a. (Hrsg.), *Les Années 68. Le temps de la contestation*, Paris 2000, S. 13–21, hier S. 16.

<sup>40</sup> Michelle Zancarini-Fournel, Conclusion, in: ebenda., S. 495–502, hier S. 499.

<sup>41</sup> So Anne Rohstock in ihrem Beitrag für diesen Band.

fernt, die „68er“-Protestbewegung „zu einem legendenumrankten Phänomen“<sup>42</sup> zu stilisieren, greift es in die Deutungskämpfe um die Rolle und Funktion von „1968“ ein, kritisiert es Narrative, offeriert neue Thesen, bricht die Verengung des Phänomens auf sexuelle Revolution, Rock & Pop oder den Terror der Roten Armee Fraktion auf und weitet damit den Blick auf „1968“.

<sup>42</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5: 1949–1989, München 2008, S. 310.